2|2023

Juli 2023, Nummer 127, ZKZ 23262

transparent

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. / Lehrergewerkschaft im Deutschen Beamtenbund

S. 3: Gewalt gegen Lehrkräfte

S. 4: Stufenangleichung für Grundschullehrkräfte

S. 8: Was man über das Gendern wissen sollte

S. 17: Schulkrise und Schulreformen

VBE
Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Sachsen-Anhalt

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Torsten Wahl

ich wünsche Ihnen noch eine gute und erholsame Restferienzeit. Die vorliegende Ausgabe des „transparent“ hat in ihrer Fertigstellung etwas viel Zeit erfordert.

Das hängt vor allem mit den verschiedenen Dingen zusammen, die sich bis kurz vor den Sommerferien ereignet und entwickelt haben. Die Mitte Januar verkündete und seit Mitte April eingeführte Vorgriffsstunde greift nun nicht nur vor, sondern auch ein. Sie greift ein in den Schulalltag. Hatte man an der Schule zuvor zu wenig Stunden, so können es auf einmal (mathematisch gesehen) einige Stunden zu viel (über dem Landesdurchschnitt) sein. Bis zum Redaktionsschluss, und auch noch eine gewisse Zeit darüber hinaus, befanden und befinden sich noch viele Regelungen in der Beratung im Bildungsministerium oder zwischen dem Lehrerhauptpersonalrat und dem Bildungsministerium. Deshalb können im „transparent“ keine abschließenden Informationen dargestellt werden. Wie im Lehrerkalender finden Sie hier auch einen QR-Code, über den Sie zu den jeweiligen aktuellen Fassungen der rechtlichen Rahmenbedingungen gelangen.

Wir bleiben aber dran! Nutzen Sie unsere Homepage, um immer auf dem aktuellen Stand zu bleiben.

In dieser Ausgabe gibt es diesmal mehrere verschiedene Schwerpunkte. Da ist zum einen die Umsetzung der Anforderungen, die sich aus dem Digital-Paket der Bundesregierung ergeben. Medial ist in den letzten Wochen das Thema Gewalt gegen Lehrkräfte insbesondere in Sachsen-Anhalt stärker in den Fokus gerückt. Gerade bei diesem Thema zeigt sich Kompetenz und langer Atem im Umgang mit den Medien als wichtige Voraussetzung für eine gute Arbeit.

Nehmen Sie sich auf Ihre letzten Ferientage noch einmal etwas Zeit und Ruhe, bevor Sie in das neue Schuljahr starten. Ich mache es genauso. Auch wenn die große Anspannung und Erwartung „vor der Tür steht“ sollte man sich doch etwas Ruhe und Müßiggang gönnen. Dazu gehört z. B. ein schönes Buch lesen (kann durchaus ein interessantes Fachbuch sein), angenehme Musik hören, einen interessanten Film sich ansehen oder durch eine schöne Gegend sich bewegen. Das neue Schuljahr steht ebenfalls vor der Tür, aber hoffentlich vor der Schultür.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche uns allen für die kommenden Wochen und Monate ausreichend Kraft und vor allem Gesundheit, damit wir die vor uns liegenden Aufgaben gut meistern können.

Ihr Torsten Wahl,
Landesvorsitzender

Gewalt gegen Lehrkräfte – auch in Sachsen-Anhalt weiter zunehmend

Seit 2016 untersucht der VBE-Bundesverband in Zusammenarbeit mit Landesverbänden in Umfragen unter Schulleitungen die Gewalt gegenüber Lehrkräften. Mit einer Befragung des Bildungsministeriums Ende 2017 durch den VBE-Bundesverband, die Fragen und Antworten sind in der Verbandszeitschrift „transparent“ 1/2018 nachzulesen, wurde der Impuls verstärkt. Somit rückte die Problematik „Gewalt gegen Lehrkräfte“ sowohl im Land als auch im Landtag mehr in den Fokus des Geschehens.

Aus einer im Mai 2023 in der Volksstimme veröffentlichten Statistik des Innenministeriums des Landes Sachsen-Anhalt geht hervor, dass registrierte Straftaten gegenüber Lehrkräften um fast 40% zugenommen haben.

Schließlich griff der MDR im Juni 2023 das besagte Thema auch auf. Sowohl im Onlineformat als auch in einer Diskussionsrunde in der Sendung „Fakt ist!“ beschäftigte sich nun der Sender mit dieser Problematik.

Aus meiner Sicht hat das Bildungsministerium als Arbeitgeber eine Fürsorgepflicht gegenüber uns Pädagogen. Und auch das Landesschulamt müsste in jedem eingetretenen Fall mit unterstützenden Maßnahmen an der Seite der betroffenen Kollegen stehen.

Was ist zu tun, wenn gegenüber einer Pädagogin oder einem Pädagogen Gewalt ausgeübt wird?

	2022	2021	2020	2019	2018
Opferstraftaten zum Nachteil von Lehrkräften	104	64	64	72	60
davon Körperverletzungen	43	29	26	38	39
davon Bedrohungen	45	30	30	28	17

Bei einer ungefähren Lehrkräftezahl von 14000 im Land klingen auf den ersten Blick 104 Fälle aus dem Jahr 2022 kaum bedeutsam. Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Es sind alarmierende Zahlen und jede Straftat ist eine zu viel. Außerdem kann man stark davon ausgehen, dass die Dunkelziffer der nicht gemeldeten Fälle bei weitem höher liegt. Aus den unterschiedlichsten Gründen werden Straftaten nicht gemeldet.

Bei genauer Betrachtung der Zahlen fällt auf, dass in den Jahren 2020 und 2021 die Straftaten marginal zurück gegangen sind, um dann 2022 stark anzusteigen. Die angezeigten Bedrohungen nahmen jedoch zu. Die geringeren Zahlen in den beiden Jahren könnten auf die durch Corona bedingten Schulschließungen zurückgeführt werden. Der Anstieg der Bedrohungen gegenüber Lehrkräften ist jedoch bedenklich. Insbesondere die Umsetzung der Corona-Maßnahmen im schulischen Kontext, wie z. B. bei der Betreuung der angeordneten Tests, spielte hier sicher eine wichtige Rolle. In dieser Zeit wurden Lehrkräfte von einigen Eltern massiv unter Druck gesetzt und angehalten, die geforderten staatlichen Maßnahmen nicht umzusetzen.

In einem solchen Fall ist die Schulleitung zu informieren, am besten in Begleitung einer Person des Vertrauens oder eines Mitglieds des Schulpersonalrates. Gleichzeitig sollte auch eine Anzeige bei der örtlichen Polizei erstattet werden. Sollte die Schulleitung nicht reagieren, dann ist das Landesschulamt umgehend zu informieren.

Da sich Ermittlungen und Gerichtsverfahren zeitlich immer etwas hinziehen, sollte von Anfang an der Gewaltübergriff protokolliert, mindestens jedoch notiert werden. Zeugen sollten dabei auch nicht vergessen werden.

Als Mitglied im VBE Sachsen-Anhalt erhalten Sie Rechtsschutz. Dazu stellen Sie den Antrag über die Geschäftsstelle. Halten Sie wichtige Notizen, Informationen und auch die Anzeige bei der Polizei dazu bereit.

Die Mitglieder in den Schulpersonalräten bitte ich, die Schulleitungen bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Es ist wichtig, dass die Vorfälle an das Landesschulamt gemeldet werden. Nur so kann auch gezielt präventiv dagegen vorgegangen werden.

Denn: GEWALT GEGEN LEHRKRÄFTE DARF KEIN TABU-THEMA MEHR SEIN.

Torsten Wahl,
Landesvorsitzender

Stufenangleichung der Gehälter für Grundschullehrkräfte kommt zum 01.08.2023

„Gutta cavat lapidem non vi sed saepe cadendo“ oder in Kurzform „Steter Tropfen höhlt den Stein“ ist nicht nur ein beliebtes Sprichwort, sondern hat wie im aktuellen Geschehen auch praktische Bedeutung. Unser langjähriges Fordern nach einer Angleichung der Grundschulgehälter an die anderen Schulformen wird nun umgesetzt.

Und wie es bei Kompromissen so ist, gibt es keine sofortige, sondern nur eine stufenweise Angleichung. Mit dem 01. 08. 2023 gibt es eine Zulage in Höhe von 200 Euro. Ab dem 01. 08. 2024 erhöht sich die Zulage auf dann 400 Euro pro Monat. Ab dem 01.08. 2025 ist es dann endlich geschafft, denn ab diesem Datum erfolgt die Angleichung an die A13/E13. Wir werden natürlich darauf achten, dass bei diesem Schritt auch eine stufengleiche Anpassung bzw. Höhergruppierung vollzogen wird. Es ist also noch Vorsicht geboten. Ein Mosaiksteinchen fehlt natürlich noch. Denn bekanntlich ist auch immer Schatten, wo es Licht gibt. Wird es auch eine stufengleiche Anhebung der Schulleitergehälter in die A14/E14 geben? Glücklicher Weise gibt es auch hier einen Fahrplan. So sollen die Gehälter der Schulleiter auch in Schritten erhöht und bis zur A14/E14 angeglichen werden. Die Zulagen werden aber geringer ausfallen. So sind bei den gleichen terminlichen Vorgaben erst 150 Euro und dann 300 Euro vorgesehen.

Der beschwerliche Weg bis zu dieser schon längst überfälligen Angleichung wurde von Gesprächen, Forderungskatalogen und Demonstrationen begleitet. Ein herzlicher Dank an alle aktiven und passiven Unterstützer. Ein Lichtblick im eher trüben Bildungsnebel in Sachsen-Anhalt. Am Ende stand wohl nicht die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Maßnahme im politischen Raum, sondern die gewaltige Notlage im Bereich des Personals an den Schulen zwang förmlich dazu. Man kann jetzt nur hoffen, dass dieser Schritt dazu führt, dass die Abwanderung in andere Bundesländer von hier im Land ausgebildeten Grundschullehrkräften gestoppt wird.

A13/E13 für Grundschullehrkräfte in Sachsen-Anhalt

01.08. 2023	**Zulage 200 Euro**
01.08. 2024	**Zulage 400 Euro**
01.08. 2025	**Angleichung**

A14/E14 für Grundschulleiter in Sachsen-Anhalt

01.08. 2023	**Zulage 150 Euro**
01.08. 2024	**Zulage 300 Euro**
01.08. 2025	**Angleichung**

Ludger Thieler,
stellvertretender Landesvorsitzender

Personalratschulung am 02.06.2023

Eine Personalratschulung unserer Mitglieder ist ein wichtiges Anliegen und auf Grund der aktuellen Situation an den Schulen in Sachsen-Anhalt angeraten. Dieses Angebot konnten wir am 2.6.2023 ganztägig den interessierten Kolleginnen und Kollegen in den Räumen unserer Geschäftsstelle anbieten. Grundsätzliche Personalratsfragen, Dokumentation der Tätigkeit und Lösungswege bei schwierigen Gesprächssituationen im Kollegium und mit den Schulleitungen standen ebenso im Mittelpunkt wie die neue Arbeitszeitverordnung der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen. Das Spektrum der Fragestellungen war weit gefächert und die Möglichkeit sich mit anderen Personalräten austauschen zu können, zeigte, wie viele Fragen bewegen auch in Hinblick auf die bevorstehenden Abordnungen oder Versetzungen, auf Arbeitszeitregelungen an den Schulen sowie auf Unterschiede bezüglich der Rechte und Pflichten bei Beamten und Angestellten. Selbstverständlich ist auch für uns eine angenehme Arbeitsatmosphäre. Dies gelang unter anderen der Referentin Frau Brandt und den Vertreterinnen und Vertretern aus den Personalräten im Austausch über die Tätigkeitsbereiche in den Personalräten der Schulen. Wir werden diese Schulungen weiterführen und damit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein noch sicheres Auftreten ermöglichen.

Kerstin Bode,
stellv. Landesvorsitzende

Erstmals „Weltenretter-Stipendien“ verliehen

Bildungsministerin Eva Feußner hat am 22.05.2023 die ersten 25 „Weltenretter-Stipendien“ übergeben.

Das Weltenretter-Stipendium ist eine der Maßnahmen, um das Lehramtsstudium aufzuwerten, den Beruf der Lehrkraft attraktiver zu gestalten und langfristig eine bessere Unterrichtsversorgung an Schulen – vorwiegend im ländlichen Raum – in Sachsen-Anhalt zu gewährleisten.
Feußner: „Mit dem Weltenretter-Stipendium haben wir uns gezielt auf unsere Heimat konzentriert und ein Sachsen-Anhalt-Programm auf den Weg gebracht. Damit beabsichtigen wir, die Regionen außerhalb der Oberzentren im Land und insbesondere die Sekundarschulen zu stärken. Zudem ist es uns gelungen ein Werbe- und Wiederkehr-Angebot für Sachsen-Anhalt zu initiieren. Ich freue mich, dafür heute den Startschuss geben zu können!“

Lehramtsstudierende sollen durch das Stipendium frühzeitig für eine spätere Tätigkeit als Lehrkraft in Sachsen-Anhalt begeistert werden: Die Stipendiatinnen und Stipendiaten verpflichten sich, später in Regionen zu arbeiten, deren Unterrichtsversorgung nicht auskömmlich ist und die aufgrund ihrer Lage Herausforderungen bei der Gewinnung von neuem Lehrpersonal haben werden.

Dafür erhalten sie für die Dauer der Regelstudienzeit 600 Euro monatlich. Voraussetzung ist, dass die Stipendiatinnen und Stipendiaten an einer Hochschule in einem Lehramtsstudium für allgemeinbildende Schulen immatrikuliert sind oder sie bereits einen Nachweis zur Aufnahme des Studiums vorlegen können und sie an einer Universität oder Hochschule in Deutschland studieren.

Der VBE-Landesvorsitzende kommentiert die Verleihung der Weltenretter-Stipendien „Endlich wird etwas Richtiges und Wichtiges zur Gewinnung von Lehrernachwuchs getan. Das Land konzentriert sich auf die Schulformen, die es dringend nötig haben. Und zugleich wird den Studierenden eine frühzeitige Perspektive gegeben, wie es in den praktischen Teilen und im Vorbereitungsdienst weitergehen wird.“

vbe-redaktionsteam

Dienstvereinbarung über den Einsatz und die Nutzung von digitalen Diensten abgeschlossen

Anfang März wurde zwischen dem Bildungsministerium und dem Lehrerhauptpersonalrat eine Dienstvereinbarung über den Einsatz und die Nutzung von digitalen Diensten abgeschlossen.

Diese regelt die Nutzung von digitalen Diensten im Land für das Lehren, Lernen und die Entlastung bei Verwaltungsaufgaben. Besonders wichtig ist, dass auch die Nutzung von digitalen Diensten für das Informieren oder die Erreichbarkeit aus dienstlichen Gründen zetlich geregelt ist – von 08.00 bis 16.00 Uhr.

In der Dienstvereinbarung heißt es:

§ 1 Digitale Dienste
Digitale Dienste im Sinne dieser Vereinbarung sind die vom Land Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellten IT-basierten Fachverfahren, Plattformen, Informationsportale und Anwendungen zur Nutzung an Schulen (Lernplattformen, BMS-LSA, Bildungsserver, E-Mail, IT-Administrations- und Cloud-Dienste etc.). Regelungen zu Erreichbarkeitszeiten des schulischen Personals des Landes betreffen dabei auch die von Schulträgern bereitgestellten Digitalen Dienste.

§ 2 Grundsätze
(1) Die im Schulwesen Sachsen-Anhalts eingesetzten digitalen Dienste sind ausschließlich für den dienstlichen Gebrauch bestimmt.

(2) Soweit digitale Dienste für eine dienstliche Erreichbarkeit und Information genutzt werden, kann eine Wahrnehmung von Informationen oder eine Erreichbarkeit über digitale Dienste nur an Arbeitstagen zwischen 8 und 16 Uhr erwartet werden.

vbe-redaktionsteam

LISA präsentiert neuen Fachbereich „Digitalität in der schulischen Bildung“ und Stabsstelle „Digitalassistenz“

Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) hat am 20.04.2023 im Rahmen einer feierlichen Auftaktveranstaltung seinen neuen Fachbereich „Digitalität in der schulischen Bildung“ und die Stabsstelle „Digitalassistenz“ vorgestellt.

Bildungsministerin Eva Feußner: „Ziel des neuen Fachbereiches ist es, die digitale Transformation an unseren Schulen voranzutreiben bzw. zu gestalten. Schülerinnen und Schüler müssen bestmöglich auf eine Lebens- und Arbeitswelt vorbereitet werden, die wir als ‚Kultur der Digitalität‘ bereits in Teilen erleben. Dazu ist es notwendig, die Digitalisierung in den Schulen ganzheitlich und nachhaltig zu gestalten, die Lehrkräfte auf diesem Weg zu unterstützen und auch die Bildungsinhalte an die sich stetig verändernden Anforderungen anzupassen. Denn digitaler Wandel ist kein Prozess, der irgendwann abgeschlossen ist, sondern ein sich ständig verändernder Vorgang, der unsere Unterstützung verlangt.“

Mit der Einrichtung des neuen Fachbereichs wird ein Auftrag des Koalitionsvertrages umgesetzt.

Fachbereich „Digitalität in der schulischen Bildung“
Die Gründung des Fachbereiches hat zum Ziel, am LISA Strukturen zu stärken und weiterzuentwickeln, um Schulen und Lehrkräften Unterstützung und Begleitung bei der Umsetzung der KMK-Strategie Bildung in der digitalen Welt-Strategie der Kultusministerkonferenz, Lehren und Lernen in der digitalen Welt sowie den landesspezifischen bildungspolitischen Zielsetzungen zu gewähren.

Er gliedert sich in die zwei Fachgruppen „Digitale Transformation und schulische Medienbildung“ und „Digitale pädagogische Dienste“ und versteht sich als zentrale Anlaufstelle für alle Fragen der digitalen Transformation. Auf der Landingpage https://www.bildung-lsa.de/digital/ werden alle Services des LISA in diesem Bereich gebündelt.

Der Fachbereich hat folgende Aufgaben:

- die digitale Transformation in der Bildung (mit den Schwerpunkten Schul- und Unterrichtsentwicklung) analysieren, planen, erproben, beschreiben, kommunizieren und evaluieren
- digitale pädagogische Dienste sowie digitale Medien und Werkzeuge bereitstellen, weiterentwickeln und deren Nutzung durch einen vielseitigen Support absichern
- Angebote zur Qualifizierung und Professionalisierung von Lehrkräften und weiterer schulischer Akteure für

das „Lehren und Lernen in der digitalen Welt“ bereitstellen und in verschiedenen Formaten umsetzen
- Teile des Unterstützungssystems, wie Referenzschulen sowie bestehende Multiplikatorengruppen, anleiten, bei der Bearbeitung von Projekten betreuen und miteinander vernetzen
- Transfer und Support für die anderen Fachbereiche des LISA sowie für die Schulpraxis gewährleisten
- die Weiterentwicklung von Angeboten, Diensten und Konzepten durch Antizipieren von aktuellen Trends, durch Analysieren des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes, durch Erproben und Bewerten von neuen Ergebnissen aus der Wissenschaft und Praxis sichern

Projekt „Digitalassistenz an Schulen“:

Im Projekt „Digitalassistenz an Schulen“ haben die ersten sieben Digitalassistentinnen und -assistenten sowie fünf Digitalmentorinnen und -mentoren ihre Arbeit aufgenommen. In einer zweiten Ausschreibungsrunde konnten mehr als 20 Bewerberinnen und Bewerber gewonnen werden, die demnächst ihre Tätigkeit aufnehmen. Zudem hat das LISA im Auftrag des Ministeriums für Bildung eine dritte Ausschreibung für die Einstellung von weiteren Digitalassistentinnen/-assistenten auf den Weg gebracht, weitere werden folgen. Insgesamt sind bis zu 100 Einstellungen im Projekt möglich.

Bildungsministerin Eva Feußner: „Digitaler Unterricht ist mehr als nur die Übersetzung von Lernstoff des Präsenzunterrichts in digitale Formate. Es geht vielmehr um die Entwicklung neuer Formen des Lernens und des Wissens- und Kompetenzerwerbs. Digitalassistentinnen und -assistenten und die Digitalmentorinnen und -mentoren unterstützen die Arbeit vor Ort und tragen dazu bei, dass die an Schule Beteiligten die Potentiale einer Kultur der Digitalität zur Gestaltung des schulpraktischen Alltags lernfördernd nutzen.“

Ziel der Digitalassistenz soll es sein, die Implementierung digital gestützter Lerninhalte und -methoden zu fördern, Schulpersonal mit Hilfe niedrigschwelliger Angebote in seinen Kompetenzen zu stärken sowie die digitale Schulorganisation zu unterstützen.

Die Digitalassistentinnen und -assistenten sowie Digitalmentorinnen/-mentoren fördern das digital gestützte Lernen und Lehren in der schulischen Praxis, beraten und unterstützen bei der digitalen Schulorganisation und beim Einsatz von Content- oder Lernmanagementsystemen. Sie geben an Schulen medienpädagogische Mikrofortbildungen und beraten zur digitalen Ausstattung.

Das Land hat vor dem Hintergrund der Pandemie im Corona-Sondervermögen für die kommenden Jahre zur Umsetzung des Projektes Digitalassistenz an Schulen ein Budget von 36 Millionen Euro vorgesehen.

Pressestelle des MB

Was man über das Gendern wissen sollte

Ludger Thieler,

Kaum ein Thema wird so kontrovers diskutiert wie das Gendern. Ein großer Teil der Menschen in unserem Land interessiert sich eigentlich gar nicht thematisch für das weit gefächerte Feld, doch latent ist es in unserem Alltag irgendwie ständig vorhanden.

Um sich einen genaueren Überblick zu verschaffen, muss man etwas in die Geschichte des Begriffs eintauchen. „Gender“ kommt aus dem Englischen und bedeutet Geschlecht. Einen umfangreichen Exkurs gibt es dazu unter anderem vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages aus dem Jahr 2016. Hier erfährt man, dass eine Projektgruppe der Uni Bielefeld sich mit der historischen Aufarbeitung des Begriffs „Gendern“ befasst hat. Die Begrifflichkeit wurde erstmals in der Medizin bei der Forschung mit Intersexuellen in den 1960er Jahren verwendet, „um die Annahme zu verdeutlichen, dass die Sozialisation der Individuen für die Geschlechtszugehörigkeit bzw. Geschlechtsidentität verantwortlich ist. So sei das soziale Geschlecht im weiteren Verlauf als unabhängig vom biologischen Geschlecht bezeichnet worden. In den 70er Jahren sei der Begriff Gender im feministischen Sprachgebrauch als Analysekategorie aufgenommen worden, um die Unterscheidung zwischen biologischem und sozialem Geschlecht zu betonen und so einen Ansatz zu entwickeln, der die Veränderbarkeit von Geschlecht in den Blickpunkt rückt: Geschlechterrollen seien kein biologisches Phänomen, sondern stellten soziale Zuschreibungen dar. Sie würden in sozialen Interaktionen und symbolischen Ordnungen konstruiert und seien damit veränderbar“.[1]

Danach entstanden an deutschen Universitäten erste Frauen- und Geschlechterforschungszentren. Heute gibt es in Deutschland Studienschwerpunkte, Wahlfächer und eigene Studiengänge im Bereich der Gender Studies. Laut der Webseite „news4teachers.de“ und einem Artikel vom 31. Oktober 2014 „Hochschulen: Fast doppelt so viele Professuren in Gender Studies wie in Altphilologie“ gab es in Deutschland demnach 146 Genderprofessuren an Universitäten und 50 Genderprofessuren an Fachhochschulen. Zum Vergleich: die Anzahl von Pharmazieprofessuren lag bei 191 (Stand Oktober 2014).

In einem Artikel aus der Süddeutschen Zeitung wird ein kleiner Exkurs zur einheitlichen Rechtschreibung im deutschsprachigen Raum gegeben. Die im Jahre 1996 beschlossene Rechtschreibreform hatte zur Folge, dass Experten beauftragt wurden, „neue Regeln zu entwickeln, die in Deutschland der Kultusministerkonferenz der Länder (KMK) vorgelegt und dort schließlich akzeptiert wurden. Danach entschieden die Bundesländer in Deutschland sowie Österreich und die Schweiz, Lichtenstein und andere Länder wie Italien und Belgien mit deutschsprachigen Bevölkerungsteilen, das neue „Amtliche Regelwerk“ bis 1998 an allen Schulen einzuführen. Bundesländer und Bundesregierung beschlossen das Gleiche für die deutschen Behörden.“ (SZ, Markus C. Schulte von Drach, 18. Juni 2021) Diese Reform begleitete eine heftige Diskussion und so wurde im Jahre 2004 der „Rat für deutsche Rechtschreibung“ gegründet. Er „ist ein zwischenstaatliches Gremium, das von den staatlichen Stellen damit betraut wurde, die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum zu bewahren und die Rechtschreibung auf der Grundlage des orthografischen Regelwerks im unerlässlichen Umfang weiterzuentwickeln.“[2] Dieser gibt seitdem das amtliche Regelwerk heraus und ist somit die zentrale Instanz in Fragen der deutschen Rechtschreibung. Um eine gewisse Einheitlichkeit der Rechtschreibung zu bewahren, werden in bestimmten Abständen Vorschläge zur Anpassung und Fortentwicklung der Rechtschreibung gemacht, an denen sich dann im Allgemeinen die KMK orientiert. Geht es um die Gendersprache, dann gibt der Rat nur Empfehlungen. Neue Leitfäden oder sogar Richtlinien zum Gendern, die von einigen Verwaltungen und vielen Hochschulen veröffentlicht wurden, werden vom Rat für deutsche Rechtschreibung recht kritisch gesehen. Schaut man sich in der Hochschullandschaft in Deutschland um, dann findet man eine regelrechte Flut von Leitfäden zur gendergerechten Sprache. Dies führte in manchen Fällen schon so weit, dass Studenten, die das generische Maskulinum in ihren Studienarbeiten verwendeten, vor Gericht ziehen mussten.

In einer Pressemitteilung des Rates für deutsche Rechtschreibung vom 26. März 2021 heißt es: „Der Rat hat vor diesem Hintergrund die Aufnahme von Asterisk („Gender-Stern“), Unterstrich („Gender-Gap“), Doppelpunkt oder verkürzten Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen im Wortinneren in das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung zu diesem Zeitpunkt nicht empfohlen.“ Der Rat bestätigt hierin nochmals die am 16. November 2018 beschlossenen Kriterien. Die Texte sollten demnach sachlich korrekt, verständlich, lesbar und vorlesbar sein. Des Weiteren müssen sie eine Rechtssicherheit und Eindeutigkeit gewährleisten sowie im Hinblick auf deutschsprachige Länder mit mehreren Amts- und Minderheitssprachen übertragbar sein. Außerdem muss sichergestellt werden, dass es für den Lesenden und Hörenden möglich ist, sich auf die wesentlichen Sachinhalte und Kerninformationen zu konzentrieren. Ganz besonders wichtig im schulischen Kontext ist das folgende Kriterium: Das Erlernen der geschriebenen deutschen Sprache darf nicht erschwert (Lernbarkeit) werden.

Weiter heißt es dort. „Die geschriebene deutsche Sprache ist nicht nur von Schülerinnen und Schülern zu lernen, die noch schriftsprachliche Kompetenzen erwerben und deren Leistungen nach international vergleichbaren Studien immer wieder Gegenstand öffentlicher und vor allem bildungspolitischer Diskussionen sind. Rücksicht zu nehmen ist auch auf die mehr als 12 Prozent aller Erwachsenen mit geringer Literalität, die nicht in der Lage sind, auch nur einfache Texte zu lesen und zu schreiben.“ Der Rat bemängelt in seiner Pressemitteilung die, in den letzten Jahren vor allem an Kommunen und Hochschulen praktizierten Vorgaben zur geschlechtergerechten Schreibung. In einem Aufsatz des Rates, in dem es um die Beobachtung des Schreibgebrauchs von 2018 – 2020 geht, heißt es: „Das Amtliche Regelwerk für die deutsche Rechtschreibung (=Deutsche Rechtschreibung – Regeln und Wörterverzeichnis) ist für Schulen und öffentliche Verwaltungen je nach rechtlichen Grundlagen in den verschiedenen Ländern des deutschsprachigen Raums verbindlich, wenn es von den staatlichen Stellen aufgrund von Empfehlungen des Rats für deutsche Rechtschreibung beschlossen worden ist.“[2]

In einem Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages (WD 10 – 3000 -001/20) mit dem Sachstand „Rechtsverbindlichkeit der Verwendung der deutschen Rechtschreibung in Schulen und anderen Einrichtungen“ wird dazu Folgendes geschrieben: „Der Rat für deutsche Rechtschreibung ist die maßgebende Instanz in Fragen der deutschen Rechtschreibung und gibt mit dem amtlichen Regelwerk das Referenzwerk für die deutsche Rechtschreibung heraus.“ Obwohl dies so ist, gibt es, wie oben schon erwähnt, Universitäten sowie Kommunen und Einrichtungen, die sich mit unterschiedlichen Begründungen nicht an das amtliche Regelwerk halten. „So hat zum Bespiel die Universität Leipzig durch die Änderung der Grundordnung das generische Femininum eingeführt, das der verbindlichen Rechtschreibung widerspricht.“[3] Auch Städte wie Hannover oder die Hansestadt Lübeck haben „auf lokaler Ebene die Beamten und Angestellten einer Gemeinde durch Dienstanweisung zu der Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache im amtlichen Schriftverkehr“[3] verpflichtet. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages kommt in seinem Papier zu folgendem Fazit: „1. Die amtliche Regelung der deutschen Rechtschreibung ist die verbindliche Grundlage des Unterrichts an allen Schulen. Dies gilt auch für Privatschulen. Daher ist es nicht wahrscheinlich, dass eine davon abweichende Rechtschreibung an deutschen Schulen gelehrt oder praktiziert wird. Anderslautende Informationen liegen nicht vor. 2. Beamte und Angestellte des Bundes und der Länder haben im amtlichen Schriftverkehr das Regelwerk „Deutsche Rechtschreibung, Regeln und Wörterverzeichnis“ zu beachten. 3. Das Regelwerk „Deutsche Rechtschreibung, Regeln und Wörterverzeichnis“ ist auch für die Normsprache verbindlich.“

Interessant in diesem Zusammenhang sind auch Informationen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (www.lpb-bw.de/gendern). Hier heißt es: „Der Duden hat das Online-Wörterbuch in gendersensible Sprache überarbeitet, ..., es gibt dafür allerdings keine Norm.“ Und weiter liest man dort: „Eine sehr pointierte Haltung nimmt der Verein Deutsche Sprache e. V. ein, der einen Aufruf unter dem Titel „Rettet die deutsche Sprache vor dem Duden“ gestartet hat. Er spricht von einer „Zwangssexualisierung der deutschen Sprache“ und lehnt „Gender-Mainstreaming als sozialen Sprengstoff“ generell ab“.[4]

In einer Umfrage von Infratest dimap (infratest-dimap.de) vom Mai 2021 lehnen mindestens 65 Prozent der Wahlberechtigten die geschlechtsneutrale Sprache in den Medien und der Öffentlichkeit ab. Genauer heißt es dort: „Die zunehmende Präsenz einer gendergerechten Sprache in Medien und Öffentlichkeit hat deren Akzeptanz nicht gesteigert. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Ablehnung gestiegen.“ In anderen Umfragen zu diesem Thema ist die Ablehnungsquote übrigens noch wesentlich höher.

Vielleicht noch eine kleine Anekdote zum Ende dieses Artikels. Jeder hat sicher schon einmal die Meldung aus dem Radio gehört: „Auf der Autobahn befindet sich ein Geisterfahrer, überholen sie nicht und verringern sie ihre Geschwindigkeit.“ Komisch, warum vermutet man eigentlich immer einen männlichen Verkehrsteilnehmer? In diesem Sinne bleiben Sie immer schön neugierig.

Ludger Thieler,
stellv. Landesvorsitzender

1 Wissenschaftlicher Dienst Bundestag 2016 WD 9 – 3000 – 025/16
2 www.rechtschreibrat.com
3 Wissenschaftlicher Dienst Bundestag 2020 WD 10 – 3000 – 001/20
4 www.lpb-bw.de/gendern

Licht und Schatten im digitalen Klassenzimmer

Bereits seit 2018 beauftragt der Verband Bildung und Erziehung (VBE) das Sozialforschungsinstitut forsa mit der Durchführung der repräsentativen Berufszufriedenheitsumfrage unter Schulleitungen. Ein Schwerpunkt der Umfrage des Jahres 2022 war der Themenbereich Digitalisierung. Über 1.300 Schulleitungen haben ihre Einschätzungen zur digitalen Ausstattung ihrer Schule und weiteren Aspekten rund um Digitalisierung abgegeben.

Digitalisierung braucht technische Ausstattung

Ein Kern der Ergebnisse: Gut zwei Drittel der Schulen verfügten zu Beginn des laufenden Schuljahres über angemessenes WLAN in allen Klassenräumen. Im Jahr 2019 konnten dies lediglich 36 Prozent der Schulleitungen sagen. Den höchsten Anstieg (18 Prozentpunkte) verzeichneten die Schulen aufgrund des pandemiebedingten Distanzunterrichts zwischen den Jahren 2020 und 2021. Nochmals 12 Prozentpunkte kamen zwischen 2021 und 2022 hinzu. Allerdings muss weiterhin gut ein Drittel der Schulen ohne angemessenen Internetanschluss auskommen. Besonders prekär ist die Situation an Förder- und Sonderschulen. Hier ist lediglich die Hälfte der Schulen mit angemessenem Breitbandinternet und WLAN versorgt. Für Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE, nur bedingt Grund zur Freude: „Die Pandemie hat die Politik gezwungen, ins Handeln zu kommen. Allerdings ist immer noch ein Drittel der Schulen unterversorgt, was die Ausstattung mit Breitband und WLAN angeht. Die Politik darf nicht erneut auf einen externen Zwang warten, um diesen Prozess abzuschließen. Die Lücke muss schnellstens geschlossen und alle Schulen bundesweit mit angemessenem Internetzugang versorgt werden."

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in der Frage der Ausstattung mit technischen Geräten ab. Sowohl bei Endgeräten für Lehrkräfte als auch für Schülerinnen und Schüler hat es in den letzten Jahren einen Zuwachs gegeben. Meldeten 2020 noch 63 Prozent der Schulleitungen zurück, über keine Klassensätze an Laptops, Tablets oder Smartphones für die Schülerinnen und Schüler zu verfügen, waren es zu Beginn des laufenden Schuljahres noch lediglich 15 Prozent. Gut drei Viertel der Schulen verfüge demnach aktuell über Klassensätze für einen Teil der Schulklassen, in fast 10 Prozent der Schulen verfügen alle Klassen über technische Endgeräte. Insgesamt ein gemischtes Urteil, da ein großer Teil der Entwicklung bereits zwischen 2020 und 2021 stattfand. Im Jahr der Befragung hingegen waren nur geringe Zuwächse sichtbar. So hatte sich beispielsweise die Zahl der Schulen, die Klassensätze an Laptops oder Tablets hatten, im ersten Jahr der Pandemie mehr als verdoppelt. Im Jahr der Befragung hingegen kamen nur sieben Prozentpunkte hinzu. Positive Abweichung in dieser Frage: Fast ein Viertel der Förder- und Sonderschulen hat Klassensätze für alle Klassen. Dies können schulformübergreifend nur neun Prozent der Schulleitungen behaupten. Hierzu Brand: „Es ist erfreulich, dass an Förder- und Sonderschulen, wo ein gesteigerter Bedarf für individuelle Förderung besteht, die Ausstattung im positiven Sinne abweicht. Dies bietet den Lehrkräften viele Möglichkeiten, den Schülerinnen und Schülern individuelle und lebensweltnahe Angebote zu unterbreiten."

In der jüngsten Umfrage wurde erstmals abgefragt, wie es um die Ausstattung der Lehrkräfte mit Dienstgeräten bestellt ist. Demnach gibt es an 68 Prozent der Schulen Dienstgeräte für alle Lehrkräfte und an 22 Prozent der Schulen für viele Lehrkräfte. Laut Brand ein durchaus begrüßenswerter Befund. Allerdings käme der Nutzen der Endgeräte allzu oft nicht im Arbeitsalltag der Lehrkräfte an, da weiterhin datenschutz- und urheberrechtliche Hürden bestünden. Darüber hinaus gebe es wenig Klarheit, was zertifizierte Software angehe. „Viel zu oft ist nicht klar, was Lehrkräfte mit dem zur Verfügung gestellten Gerät machen dürfen. Dient es der Unterrichtsvorbereitung oder der Verwaltung sensibler Daten von Schülerinnen und Schülern? Da ist es nicht verwunderlich, wenn die Lehrkräfte sich erstmal selbst schützen und auf den Gebrauch des Dienstlaptops verzichten, bis diese Fragen geklärt sind", so Brand. Zehn Prozent der Schulleitungen beklagen allerdings, nur wenigen oder keinen Lehrkräften Dienstgeräte zur Verfügung stellen zu können.

Technische Ausstattung ist noch keine Digitalisierung

Der Frage der technischen Ausstattung auf der einen, steht die Frage der Digitalisierung auf der anderen Seite gegenüber. Brand betont: „Es reicht bei Weitem nicht aus, Laptops und Tablets mit der Gießkanne in den Schulen zu verteilen. Die reine technische Ausstattung macht noch keine Digitalisierung". Hierbei spricht Brand unter anderem auf die Frage an, wie gut Aus-, Fort- und Weiterbildungen Lehrkräfte auf den Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht vorbereiten. Hier gibt es nach Aussage der befragten Schulleitungen noch deutlichen Bedarf für Nachbesserungen. Fast die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, die Lehrkräfte seien nach Beendigung des Studiums nicht angemessen auf den Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht vorbereitet. Ebenso stagniert die Zahl der Lehrkräfte, die schätzungsweise an einer Fortbildung zum Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht teilgenommen hat. Die Anzahl der Schulen, an denen dies schätzungsweise drei Viertel oder mehr getan haben, hat sich innerhalb des letzten Jahres lediglich um zwei Prozentpunkte erhöht. Im Vorjahr gab es noch einen Zuwachs von 25 Prozentpunkten. Hierzu Brand: „Digitalisierung

bewirkt einen umfassenden Wandel in der Bildung. Für diesen Wandel müssen die Lehrkräfte fit gemacht werden. Wenn fast die Hälfte der Schulleitungen im Schulalltag den Eindruck gewinnt, dass die Ausbildung dies nicht leistet, ist das ein bedenklicher Befund. Besonders wenn man bedenkt, dass dieser Wert seit 2020 nahezu unverändert schlecht ist. Digitale Medien können nur dann sinnvoll eingesetzt werden, wenn sie pädagogisch sinnvoll in Lehr-Lern-Kontexte eingebunden sind. Hier müssen die Curricula dringend den Bedarfen einer modernen Bildungslandschaft angepasst werden. Ebenso brauchen aber auch jene Lehrkräfte, die schon seit vielen Jahren im Schulbetrieb sind, passende Angebote für Fort- und Weiterbildung. Dies wohlgemerkt innerhalb der Dienstzeit."

Digitalisierung ist kein Selbstläufer – Strukturen nachhaltig und professionell sichern

In der aktuellen Umfrage wurden die Schulleitungen erstmals dazu befragt, ob der Support der technischen Infrastruktur durch externe Dienstleister oder zusätzliche personelle Ressourcen gewährleistet sei. Lediglich zwei Drittel der Schulleitungen konnten dies bejahen. Im Gegenzug sind 30 Prozent der Schulen mit dieser Herausforderung allein gelassen. Hierzu Brand: „Angesichts des akuten Lehrkräftemangels ist es sehr bedauerlich, dass die Politik eine Chance, Erleichterungen in die Schulen zu bringen, so leichtfertig verschenkt. Die Wartung technischer Infrastruktur stellt eine enorme zusätzliche Belastung für Schulleitungen und Lehrkräfte dar. Zudem sind sie dafür nicht originär ausgebildet. Würde hier zielgerichtet unterstützt werden, könnte zumindest diese Last von den Schultern betroffener Schulleitungen und Lehrkräfte genommen werden."

Brand resümiert: „Es scheint, als hätte der Digitalisierungszug erheblich an Fahrt verloren. Nach einem großen Aufbruch in Corona kehrt nun wieder die übliche Trägheit ein. Es gibt aber einen Unterschied zwischen 2019 und 2023: Der Prozess ist bereits in vollem Gange. Die Geräte sind in den Schulen und Lehrkräfte, aber auch Schülerinnen und Schüler erwarten substanzielle Entwicklungen hin zu einem sinnvollen digital gestützten Unterricht. Und diesen wird es nur geben, wenn die Lehrkräfte flächendeckend geschult sind und die Infrastruktur in allen Schulen vorhanden und professionell gewartet ist. Besonders die mittel- und langfristige Perspektive muss stärker in den Fokus gerückt werden. Ohne eine stabile digitale Infrastruktur mit langfristig gesicherter Finanzierung im Bildungsbereich, inklusive technischer Administrations- und Supportstrukturen, kann Digitalisierung nicht funktionieren. Auch was die technische Ausstattung von Lehrkräften und Schülerschaft angeht, brauchen wir eine ständige Unterstützung. Schließlich sind vermutlich bereits jetzt die ersten digitalen Endgeräte, die über den Digitalpakt angeschafft wurden, technisch hinter dem Standard aktueller Geräte. Kurz: Wir brauchen eine fortlaufende Modernisierung der Infrastruktur, der technischen Ausstattung, aber auch eine fortlaufende Evaluierung und Weiterentwicklung der genutzten Software."

Berlin, 25.05.2023

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Newsletter

www.vbe.de | presse@vbe.de

04|2023

Schwerpunkt „Personalmangel an Kitas“

DKLK-Studie 2023 schafft breite mediale Wahrnehmung für Notlage

Es ist die aktuell größte Herausforderung im frühkindlichen Bildungsbereich und sie bildete den Schwerpunkt der DKLK-Studie 2023 – der Fachkräftemangel an Kitas. Nie zuvor haben so viele Kitaleitungen (5.387) an der vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) mit herausgegebenen Umfrage teilgenommen. Das unterstreicht die enormen Belastungen und den Handlungsdruck, den Erzieherinnen und Erzieher wahrnehmen. Vorgestellt wurde die DKLK-Studie am 21. März 2023 auf einer hybriden Pressekonferenz im Rahmen des Deutschen Kitaleitungskongresses (DKLK) in Düsseldorf. Ebenfalls noch nie größer war die bundesweite mediale Resonanz. Ein wichtiger Erfolg, vor allem für die Fachkräfte an Kitas, erhöht sich hierdurch doch der Druck auf die politischen Verantwortlichen.

Tomi Neckov, stellvertretender Bundesvorsitzender des VBE, sprach auf der Pressekonferenz zur Veröffentlichung der DKLK-Studie von „erschreckenden Ergebnissen, die deutlich machen: Die Politik wird ihrer gesetzlichen Verantwortung nicht mehr gerecht! Diese Ergebnisse kann man nur als eindringlichen Hilferuf verstehen und sie sind eine Verpflichtung zum Handeln.“

Fast 95 Prozent der Kitaleitungen geben laut DKLK-Studie 2023 an, dass sich der Personalmangel in den vergangenen 12 Monaten nochmals verschärft hat. Die Auswirkungen sind dabei in vielfacher Hinsicht dramatisch. Fast 9 von 10 Kitaleitungen geben negative Auswirkungen des Personalmangels auf die pädagogische Qualität an. „Hochgerechnet 10.000 Kitas haben im letzten Jahr in Deutschland in mehr als der Hälfte der Zeit in aufsichtspflichtrelevanter Personalunterdeckung gearbeitet. Übersetzt heißt das: An mehr als jedem zweiten Tag war die Sicherheit der zu betreuenden Kinder in diesen Kitas in Gefahr“, erläuterte Neckov.

Zur Studie, den Kernergebnissen und den Forderungen des VBE gelangen Sie hier:
https://kurzelinks.de/dklk-2023

Der DKLK ist die größte Fachveranstaltung für Kitaleitungen. Er wird gemeinsam ausgerichtet von Fleet Education Events, dem VBE Bundesverband und den vier VBE Landesverbänden, BLLV, VBE Baden-Württemberg, VBE Hessen und VBE NRW. Nach dem Auftakt in Düsseldorf folgen sechs weitere Kongresse in Deutschland.

DKLK
Leiten. Stärken. Motivieren.

Gescheiterte Tarifverhandlungen: Arbeitgeber verweigern klares Zeichen der Wertschätzung

Die Tarifverhandlungen für die im Öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten sind am 29. März 2023 in der dritten Verhandlungsrunde gescheitert. „Das klare Ziel der Gewerkschaften war und ist ein sozial gerechtes Ergebnis, welches Reallohnverluste verhindert. Es braucht einen echten, nachhaltigen Inflationsausgleich und einen angemessenen Mindestbetrag, insbesondere mit Blick auf die unteren und mittleren Einkommensgruppen. Dazu waren die Arbeitgeber leider nicht bereit“, kommentiert der Bundesvorsitzende des VBE, Gerhard Brand. Rita Mölders, stellvertretende Bundesvorsitzende des VBE, Arbeitsbereich Tarifpolitik, erklärt: „Ein klares Signal der Wertschätzung ist unabdingbar. Nochmals mehr, wo alle Welt um den dramatischen Personalmangel, etwa an Kitas, weiß, der sich weiter zuspitzen wird. Die Arbeitgeber haben in der Schlichtungsrunde nun eine letzte Chance, solch ein Signal zu setzen.“

Die Gewerkschaften fordern ein Lohnplus von 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich mehr Gehalt. Verhandelt wird für ca. 2,5 Millionen Beschäftigte, unter anderem Erzieherinnen und Erzieher. Der VBE vertritt die Interessen der Kolleginnen und Kollegen durch seine Mitglieder in der Bundestarifkommission seines Dachverbands, dem dbb beamtenbund und tarifunion.

Am Ende soll es die Lehrkraft vor Ort richten

Einmal im Jahr lädt die Kultusministerkonferenz (KMK) die Spitzen der Lehrkräftevertretungen zu sich ein. Hier können die großen Fragen gestellt werden – obwohl doch nur allzu oft mit Floskeln geantwortet wird. Dieses Mal jedoch gab es mehr klare Worte, als einem lieb sein kann. Mit dem Eindruck des Bildungsgipfels und den Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission zur Bekämpfung des akuten Lehrkräftemangels im Gepäck, gab es Ansagen an die Verbände, die schwer verdaulich sind. So warnt zum Beispiel der VBE schon seit Jahren vor dem Lehrkräftemangel und hatte mit zwei Expertisen in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Klaus Klemm die in den nächsten Jahren zu erwartende Dimension aufgezeigt. Nun ist aus den Reihen der Kultusministerien zu hören, dass schuld ja die Demografie sei – nicht aber die jahrelange Fehlplanung. Mit reinem Gewissen also sehen sich die Ministerinnen und Minister nun in der misslichen Lage, nicht aus-reichend Personal vor Ort zu haben. Ihr Vorschlag: An die Lehrkräfte zu „appellieren", damit diese ihre Teilzeit freiwillig einschränken. Der Bundesvorsitzende des VBE, Gerhard Brand, reagierte konsterniert auf diese Vorschläge: „Im Kultusministerium zu arbeiten, ist eben nicht das gleiche, wie vor Ort zu sein und in der Schule zu arbeiten. Sonst wüssten sie vielleicht, dass jene, denen sie immer noch mehr Verwaltungsarbeiten aufbürden, die gleichen sind, die trotz Teilzeit 30 oder 40 Stunden arbeiten – neben Familie, Pflege, Ehrenämtern. Ein Appell, mehr zu arbeiten, wird so lange nichts bringen, wie nicht endlich Entlastungen in das System kommen. Und das geht nur, wenn ganz konkret Aufgaben wegfallen! Dafür kämpfen wir weiter – auf Bundes- und Landesebene!"

Teilnehmende des KMK-Jahresgesprächs (v.l.n.r.): Yamina Ifli, stellv. Bundesvorsitzende des Bundesverbands der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Astrid-Sabine Busse, KMK-Präsidentin, Gerlinde Kohl, Bundesvorsitzende der Katholischen Erziehergemeinschaft (KEG), Gerhard Brand, VBE Bundesvorsitzender, Simone Fleischmann, stellv. VBE Bundesvorsitzende und stellv. dbb Bundesvorsitzende

Auch die stellvertretende Bundesvorsitzende für den Arbeitsbereich Schul- und Bildungspolitik, Simone Fleischmann, war in ihrer Funktion als stellvertretende dbb-Bundesvorsitzende für den Bildungsbereich vor Ort und teilt ihren Eindruck: „Es kann doch nicht sein, dass wir Verbände uns vorhalten lassen müssen, schlechte Stimmung zu verbreiten. Wir lieben unseren Beruf und wollen, dass die vielen engagierten Lehrkräfte da draußen ihn unter guten Bedingungen ausüben können. Aber dass wir die aktuelle Misswirtschaft kritisieren, muss wohl drin sein!"

Lösungen brauchen den realistischen Blick auf die Herausforderung

Dass der Lehrkräftemangel die zentrale Herausforderung im Bildungssystem ist, kann wohl niemand mehr abstreiten. In der Frage, wie groß er tatsächlich ist, hat der VBE eine begründete Vermutung abgegeben. Im Rahmen der repräsentativen Berufszufriedenheitsumfrage unter Schulleitungen, die forsa einmal im Jahr im Auftrag des VBE durchführt, wurden auch Einschätzungen zu den Themen Lehrkräftemangel und Seiteneinstieg erfragt. Aus den vorliegenden Daten konnte errechnet werden, dass zu Beginn des Schuljahres 2022/23 bundesweit schätzungsweise gut 50.000 Stellen nicht besetzt werden konnten. Laut Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE, sei dies ein bedrückender Befund, „insbesondere, wenn man bedenkt, dass die Lücke bereits jetzt doppelt so groß ist, wie von der KMK für 2035 angenommen wird". Dort, wo der Mangel noch nicht so stark sichtbar wird, gelingt dies nur, weil er über den Einsatz von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern kaschiert werden kann. So meldeten 60 Prozent der Schulleitungen, und damit 23 Prozentpunkte mehr als noch 2018, zurück, dass an ihrer Schule Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger beschäftigt sind. Wenn man sich vergegenwärtige, dass dies eine Entwicklung abbildet, die sich in gerade einmal fünf Jahren vollzogen habe, sei dies eine dramatische Entwicklung, so Brand. Er ergänzt: „Was uns einst als Notlösung verkauft wurde, ist längst fester Bestandteil der Realität in den Schulen." Weitere Ergebnisse der Umfrage finden Sie unter **vbe.de.**

forsa.

Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter

Lehrkräftemangel und Seiteneinstieg

Ergebnisse einer bundesweiten repräsentativen Befragung

forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH
Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62892-0
E-Mail info@forsa.de

26. Oktober 2022
P22-0929/4289/ Lh. Vs

Im norddeutschen Flachland ist jeder Hügel ein Gipfel

Schon im Vorfeld wurde der sogenannte Bildungsgipfel, initiiert von der Bundesbildungsministerin, Bettina Stark-Watzinger, kritisiert. Die CDU-geführten Kultusministerien sagten ihre Teilnahme gleich ganz ab. Im deutschen Bildungsföderalismus ist es das, was herauskommt, wenn im Koalitionsvertrag steht, dass der Bund einen Bildungsgipfel ausrichtet, aber nun einmal die Länder für Bildungspolitik zuständig sind. Das setzte Zeichen in der Bildungspolitik. Jede Ebene, jede Organisation spielt die eigene Rolle und füllt sie mit Leben. Man müsse sich aber fragen, so Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE, ob dabei nicht auf der Strecke bleibt, was wirklich wichtig ist: Die gemeinsame Kraftanstrengung, um den Lehrkräftemangel zu bekämpfen, die aktuellen Herausforderungen annehmen zu können und das Bildungssystem wieder auf eine stabile Basis zu stellen. Der Bildungsgipfel endete nun mit der Ansage, eine Task Force zu gründen aus Bund, Ländern und Kommunen, an der auch zivilgesellschaftliche Akteure mitwirken sollen. Der VBE-Bundesvorsitzende begrüßte dies: „Die Lehrkräfte an der Basis brauchen Lösungen und wollen nicht mehr Zeugen von politischen Eitelkeiten werden. Es braucht ein Zusammenwirken aller Ebenen mit dem Fokus auf beste Bildung für alle Kinder!"

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Verantwortlich für Text: Johannes Glander, Anne Roewer, Lars von Hugo | Fotos: Sebastian Etmer, Oliver Schmidt/dbb | Gestaltung: www.typoly.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Newsletter

www.vbe.de | presse@vbe.de

05|2023

Harte Verhandlungen führen zu positivem Ergebnis

Einigung Tarifverhandlungen Öffentlicher Dienst Bund und Kommunen

Es waren kontroverse und zähe Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen. In drei Verhandlungsrunden konnte keine Einigung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erzielt werden. Die Empfehlung der angerufenen Schlichtungskommission vom 15. April brachte schließlich eine gute Verhandlungsgrundlage für die vierte Verhandlungsrunde. Am 22. April wurde ein Ergebnis erzielt, das substanzielle Verbesserungen für die über 2,5 Millionen Beschäftigte, unter anderem Erzieherinnen und Erzieher, bringt und die vorherigen Angebote der Arbeitgeberseite übertrifft.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, kommentiert dazu: „Das Ergebnis ist insgesamt tragfähig und positiv zu bewerten. Das klare Ziel der Gewerkschaften war es, ein sozial gerechtes Ergebnis zu erreichen, welches einen nachhaltigen Inflationsausgleich und einen angemessenen Mindestbetrag, insbesondere mit Blick auf die unteren und mittleren Einkommensgruppen, enthält. Beides ist erreicht, was bei allen Beschäftigten zu einem deutlichen Anstieg der Entgelte führen wird, gerade bei den unteren Entgeltgruppen. Das ist eine finanzielle Wertschätzung, die die Kolleginnen und Kollegen mehr als verdienen.“
Rita Mölders, stellvertretende Bundesvorsitzende des VBE, Arbeitsbereich Tarifpolitik, erklärt: „Das Ergebnis zielt darauf ab, zukunftsfähige Rahmenbedingungen zu schaffen und den Leistungen der Beschäftigten und den Anforderungen an einen konkurrenzfähigen Öffentlichen Dienst gerechter zu werden. Es ist ganz klar: Dieses Tarifergebnis konnte nur erzielt werden, weil so viele Kolleginnen und Kollegen im Vorfeld und im Verlauf der Verhandlungen für ihre berechtigten Ziele gekämpft und hierüber den verhandelnden Gewerkschaften den Rücken gestärkt haben. All diesen Menschen gilt unser und mein ausdrücklicher Dank.“

Kein Tarifabschluss der letzten Monate erreicht das jetzt erzielte TVöD-Niveau. Das ist ein Erfolg. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Ergebnisse schaffen einen wirtschaftlichen Ausgleich angesichts der enorm gestiegenen Lebenshaltungskosten. Reale Lohnerhöhungen müssen folgen. Das, was etwa Erzieherinnen und Erzieher leisten, verlangt auch finanziell nach einer höheren Wertschätzung, um das Berufsfeld attraktiver zu machen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zudem konnten nicht alle Forderungen durchgesetzt werden. Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende erhalten die Inflationsausgleichsprämie nicht in vollem Umfang, eine unbefristete Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung konnte nicht im Tarifvertrag verankert werden. Zudem braucht es eine dem Ergebnis entsprechende Lösung für Pensionärinnen und Pensionäre sowie Rentnerinnen und Rentner. Ziele, für die sich der VBE, unter anderem über seine Mitglieder in der Bundestarifkommission seines Dachverbands, dem dbb beamtenbund und tarifunion, stark machen wird.
Eine starke Signalwirkung haben der Abschluss und der eindrucksvolle Einsatz der Beschäftigten für ihre Interessen für die im Herbst beginnenden Tarifverhandlungen für die Länder.

Wesentliche Ergebnisse auf einen Blick

- Ein steuer- und sozialabgabenfreies Inflationsausgleichsgeld in Höhe von 3.000 Euro (stufenweise Auszahlung ab Juni 2023).
- Ab dem 1. März 2024 Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 Euro (Sockelbetrag) und anschließend um 5,5 Prozent (Anpassung des Erhöhungsbetrags auf 340 Euro, wo dieser Wert nicht erreicht wird).
- Ausbildungs- und Praktikantenentgelte werden zum gleichen Zeitpunkt um 150 Euro erhöht.
- Vertragslaufzeit: 24 Monate.

Der Abschluss für Erzieherinnen und Erzieher

Erzieherinnen und Erzieher in den kommunalen Einrichtungen erreichen ab März 2024 eine lineare Erhöhung ihres Tabellenentgelts um mehr als zehn Prozent. Das sind umgerechnet mindestens 375,76 Euro und höchstens 455,58 Euro brutto mehr im Monat.
Darüber hinaus erhalten sie, wenn sie vollzeitbeschäftigt sind, ein steuer- und sozialabgabefreies Inflationsausgleichsgeld von insgesamt 3.000 Euro.

Protestaktion im Rahmen der Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst Bund und Kommunen. Im Vordergrund: Volker Geyer, stellv. dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik

Michael und Michael zwischen Kontinuität und Veränderung

Der VBE Mecklenburg-Vorpommern hat Michael Blanck als Landesvorsitzenden bestätigt, der Sächsische Lehrerverband (SLV) hat Michael Jung als Landesvorsitzenden neu ins Amt gewählt. Während Michael Blanck seine erfolgreiche Arbeit fortsetzt, war der Posten an der Spitze des SLV aufgrund des Rücktritts des langjährigen Vorsitzenden und Gründungsmitgliedes des SLV, Jens Weichelt, vakant geworden. Die Delegierten folgten Weichelts Empfehlung und wählten Michael Jung einstimmig zu seinem Nachfolger. Ins Amt der stellvertretenden Landesvorsitzenden folgte Katlen Worotnik, ebenfalls einstimmig gewählt. Mit Jung an der Spitze beging der SLV wenig später sein 33-jähriges Gründungsjubiläum. Aufgrund der Coronapandemie musste dieser besondere Festakt leider mehrfach verschoben werden. Der Bundesvorsitzende des VBE, Gerhard Brand, gratulierte den Gewählten: „Michael Blanck, dessen unermüdliches Engagement und Expertise in Tariffragen auf Bundesebene unverzichtbar sind und auch Michael Jung und Katlen Worotnik gratuliere ich zu ihrer Wahl in die Leitung ihrer Landesverbände und wünsche allen eine glückliche Hand bei der Ausübung ihrer Tätigkeit. Auch wenn mit Jens Weichelt eine Säule unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit leider nicht wieder antreten konnte und dem VBE besonders in Tariffragen nicht mehr mit Erfahrung und Wissen zur Seite stehen wird, freue ich mich außerordentlich darüber, dass mit Michael Jung ein würdiger Nachfolger gefunden wurde."

Ehrenamt macht Spaß, vor allem beim Jungen VBE

„Wann hast du dich zum letzten Mal geärgert?" – Mit dieser Frage eröffnete Anne Roewer, Leiterin Kommunikation des VBE Bundesverbandes, ihren Workshop „Schreibwerkstatt" im Rahmen des Bundestreffens des Jungen VBE vom 27. bis 29. April 2023 in Hannover. Was im interaktiven Austausch und gemeinsamen Üben für die Landessprecherinnen und Landessprecher deutlich wurde: Wie uns Emotionen beim Entwickeln eines Beitrags helfen können. Weitere Fragen, denen sich der Workshop praxisorientiert und entlang umsetzbarer Methoden widmete: Wie mache ich die Quintessenz dessen, was ich vermitteln will, deutlich? Wann springen Leserinnen und Leser ab? Welche Prozesse laufen beim Schreiben und Lesen ab? Eine Lernerfahrung lautete dabei: Um einen guten Text zu schreiben, braucht es Sog und Sinnlichkeit. Viele weitere Denkanstöße und Übungen machten die Schreibwerkstatt zu einer kurzweiligen und wertvollen Erfahrung für die Verbandsarbeit und darüber hinaus.

Landessprecherinnen und -sprecher beim Bundestreffen des Jungen VBE vom 27.–29. April in Hannover

In weiteren Themenblöcken diskutierten die Teilnehmenden unter anderem zu einem Impuls von Alexander Lipp vom Brandenburgischen Pädagogen-Verband (BPV), der zum Dualen Lehramtsstudium in seinem Bundesland referierte. Konsens der Teilnehmenden war und ist: Das Studium braucht mehr Praxis. Der Junge VBE wird sich mit diesem Thema in den nächsten Sitzungen weiter beschäftigen. Am zweiten Tag des Bundestreffens berichtete Toni Nickel, stellvertretender Bundesvorsitzender der dbb jugend, zur Arbeit der dbb jugend Bund. Themen waren hier unter anderem der anstehende Generationenwechsel in den einzelnen Fachgewerkschaften des dbb sowie das Ergebnis der Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen und dessen Bedeutung für die anstehenden Tarifverhandlungen der Länder im kommenden Herbst. Zum Abschluss des Treffens referierte die Bundessprecherin des Jungen VBE, Susann Meyer, zum Thema kompetenzorientierte Lernziele. Eine spannende Krimistadtführung durch Hannover bildete den Rahmen eines rundum gelungenen Bundestreffens.

Bildungs-Panel: Die Stimme aus der Praxis

Wie können wir kurzfristig und zielgerichtet, aber trotzdem auf dem Boden wissenschaftlicher Erkenntnisse, medial wirksam werden? Wie können tagesaktuelle Herausforderungen valide dargestellt und an die Politik adressiert werden? Die Antwort lautet: mit dem Bildungs-Panel des Schul-Barometers, das Professor Dr. Stephan Huber von der Pädagogischen Hochschule Zug gemeinsam mit dem VBE ins Leben gerufen hat. Wir wollen mehr darüber erfahren, wie Sie mit Einflüssen und Entwicklungen, die durch politische Entscheidungen entstehen, an Ihrer Schule umgehen und wie Sie diese bewerten. Daher möchten wir Sie herzlich einladen, uns mit Ihrer Teilnahme an 2 bis 4 Kurz-Befragungen (Umfang jeweils 5 bis 10 Minuten) pro Schuljahr als Teil des Bildungs-Panels zu unterstützen. Politische Entscheidungen in Bildungsfragen dürfen nicht länger ohne Ihre Expertise getroffen werden. Erlauben Sie uns, Ihnen eine Stimme zu geben. Weitere Informationen finden Sie unter: **https://schul-barometer.net/bildungs-panel/**

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Verantwortlich für Text: Johannes Glander, Anne Roewer, Lars von Hugo | Fotos: Friedhelm Windmüller, Thomas Ganz | Gestaltung: www.typoly.de

KMK unter Druck, Antworten zu finden

Anlässlich der 382. Kultusministerkonferenz (KMK), die am Donnerstag, den 22. Juni 2023, über schulische Themen beriet, stellt der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, fest:

„Die Agenda der KMK ist lang – und sie wird überlagert von der Frage, wie in den Ländern qualitativ hochwertige Bildungsangebote aufrechterhalten werden können, während wir mit einem massiven Lehrkräftemangel konfrontiert sind.“

Er kommentiert zu den folgenden Themen:

Startchancenprogramm

„Die Verteilung der Gelder muss einem Mechanismus folgen, der dazu geeignet ist, Schulen in besonders schwierigen Lagen zu unterstützen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass viele Schulen zunehmend in schwierige Lagen kommen. Dafür bedarf es der Einigung mit der Bundesebene. Die Lehrkräfte vor Ort, aber auch alle Akteure der Bildungspolitik, die diesen Prozess begleiten, haben wenig Verständnis für das öffentliche Austragen von Befindlichkeiten. Eine Einigung wird nicht in der Zeitung erreicht.“

Kooperation Bund-Länder-Kommunen und weitere Akteure

„Ob Digitalisierung oder Ganztag: Politische Entscheidungen zwischen Bund und Ländern sind nicht ausreichend. Die Kommunen müssen unbedingt in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Sie sind es, die vor Ort für die Umsetzung verantwortlich sind. Und nicht nur das. Auch weitere Akteure müssen institutionalisiert hinzugezogen werden. Nachdem der Bildungsgipfel diesen Anspruch nicht ausreichend einlösen konnte, haben wir uns dem Appell zur Einberufung eines Nationalen Bildungsgipfels angeschlossen.“ Alle Informationen hierzu, den Wortlaut des Appells und die Liste der Unterstützenden finden sich auf der Website www.neustart-bildung-jetzt.de.

Qualitätsoffensive Lehrerbildung

„Der Lehrkräftemangel spitzt sich weiter zu, hat aber noch lange nicht den Höhepunkt erreicht. Es wäre ein absolut falsches Zeichen, wenn die Qualitätsoffensive Lehrerbildung auslaufen würde. Das einzigartige Netzwerk, welches sich hier gebildet hat, wieder zu de-institutionalisieren wäre fatal. Es braucht eine Fortführung dieses Programms und die KMK muss sich dafür einsetzen – insbesondere, um Innovationen in der Lehrkräftebildung für alle pädagogischen Studieneinrichtungen weiter zu fördern.“

Fremdsprachen in der Grundschule

„Wir erwarten uns in der Frage der weiterentwickelten Bildungsstandards für die erste Fremdsprache eine Signalwirkung. Die KMK ist in der Pflicht festzustellen, dass Fremdsprachen auch in der Grundschule einen festen Platz haben. Der VBE spricht sich ganz klar dafür aus, dass zur ganzheitlichen Bildung der Kinder neben Deutsch und Mathematik, einer naturwissenschaftlichen Grundbildung und pädagogisch hochwertigen musisch-künstlerischen Angeboten auch das Erlernen einer Begegnungssprache gehört. Eine einseitige Fokussierung auf Deutsch und Mathematik würde weder der Individualität der Kinder und ihrer Bedürfnisse noch den Anforderungen einer globalisierten Welt gerecht werden.“

Impressum

VBE transparent – Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Sachsen-Anhalt

Herausgeber:
Verband Bildung und Erziehung Sachsen-Anhalt

Redaktionelle Bearbeitung:
Torsten Wahl, Forellenweg 13, 06463 Falkenstein/Harz,
Tel.: 034741/990467, Fax: 034741/748024

Landesgeschäftsstelle:
Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle/Saale,
Telefon: 0345/6872177, Fax: 0345/6872178,
Internet: www.vbe-lsa.de, E-Mail: post@vbe-lsa.de

Bankverbindung
Sparkasse Halle, IBAN: DE81800537620387011317,
BIC: NOLADE21HAL

Basisgestaltung:
Typoly Berlin, www.typoly.de

Fotos:
S. 2, 7, 9, 11: stock.adobe.com, S. 2, 8 : VBE Sachsen-Anhalt/ M. Urban, S. 1, 5 : T. Wahl, S. 4 : L. Thieler, S. 20, 21: Anne Roewer, S. 22: Anke Schwitzer

Gesamtherstellung, Verlag, Anzeigenverwaltung:
Wilke Mediengruppe GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm,
Tel.: 02385/46290-0, Fax: 02385/46290-90,
E-Mail: info@einfach-wilke.de, www.einfach-wilke.de

Die offizielle Meinung des VBE Sachsen-Anhalt geben nur gekennzeichnete Verlautbarungen der satzungsgemäßen Organe des VBE Sachsen-Anhalt wieder. Die mit Namen oder Pseudonym gekennzeichneten Artikel stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden.

Redaktionsschluss für Ausgabe 3/2023: 21.08.2023

ISSN 2190-4499

Schulkrise und Schulreformen

Einige Anmerkungen zur etablierten Reformpolitik

Lehrkräfte, Schulleitungen, Eltern und sonstige Bildungsinteressierte klagen seit langem aus guten Gründen darüber, dass die Lehr-, Lern- und Arbeitsbedingungen in den Schulen völlig unzureichend seien und die Schulpolitik dringend nachhaltige Veränderungen und Verbesserungen bewirken müsse. Doch die schulpolitischen Antworten auf die chronische Bildungskrise sind bislang alles andere als überzeugend und ermutigend.

Lähmender „Glühwürmchen-Effekt“

Was rückblickend als besonderes Manko der tradierten Reformpolitik ins Auge fällt, ist die Tatsache, dass es den meisten Reformen vor allem an einem fehlt: Alltagstauglichkeit. Meist wurde den Lehrkräften auf der Metaebene eine Menge Aufwand zugemutet und das Entwickeln idealtypischer Schulprogramme, Schulprofile, Arbeitspläne, Evaluationsverfahren etc. abverlangt. Doch um die reale Machbarkeit und Nützlichkeit war es meist schlecht bestellt. Das monieren sowohl viele Lehrkräfte und Schulleitungen als auch die indirekt betroffenen Eltern und deren Kinder. Kein Wunder also, dass viele Reformansätze eher „Glühwürmchen“ geblieben und ohne größeren Nutzen für die Betroffenen verpufft sind (vgl. das angeführte Buch).

Das ist deshalb schade, weil unser Schulwesen ganz unstrittig reform- und verbesserungsbedürftig ist. Doch trotz dieser objektiven Notwendigkeit kommt die vielbeschworene Modernisierung und Effektivierung des schulischen Lehrens und Lernens seit Jahrzehnten kaum voran. Derzeit fehlen nicht nur zigtausende Lehr- und Förderkräfte, um die bestehenden Differenzierungs- und Förderbedarfe angemessen abdecken zu können. Es fehlt auch an vielem anderem. Sichtbare Zeichen dieser bildungspolitischen Lähmung sind u. a. gravierende Lese-, Schreib- und Rechenschwächen bei Viertklässlern, ernüchternde PISA-Ergebnisse, marode Schulgebäude, Schulhöfe und Sportstätten, miserable digitale Ausstattungen an vielen Schulen, lähmende Lehrerbelastungen, dürftige Inklusionsfortschritte, anachronistische Arbeitsbedingungen für Lehrer:innen und Schulleiter:innen, kleinkarierter Bildungsföderalismus, Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Milieus und vieles andere mehr.

Fragwürdige Prioritätensetzungen

Entgegen dieser „Mängelliste“ betonen Bildungspolitiker:innen seit Jahr und Tag bei jeder sich bietenden Gelegenheit, wie wichtig eine exzellente Bildungsarbeit für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sei. Das stimmt sogar! Doch während für andere Verwendungszwecke (Aufrüstung, Bankenrettung, Corona, Energieversorgung etc.) in jüngster Zeit im Handumdrehen Hunderte von Milliarden Euro locker gemacht wurden, darbt der Bildungsbereich in erschreckender Weise vor sich hin. Das belegt u. a. das 2022er Kommunalpanel der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), demzufolge der „Investitionsstau“ im Schulbereich bei derzeit 45,6 Milliarden Euro

liegt. Besserung ist kaum in Sicht. Das heißt: Notwendige Modernisierungsinvestitionen unterbleiben, werden abgespeckt oder auf die lange Bank geschoben. Dieses Implementierungsproblem durchzieht die Reformpolitik von Bund und Ländern seit vielen Jahrzehnten. Die Folge sind die oben angedeuteten Schwachpunkte der faktischen Modernisierungsarbeit in Schule, Unterricht, Lehrkräftebildung und den übergeordneten Schulverwaltungen.

Alarmierende Reformversäumnisse

Dieses tendenzielle Reformversagen ist deshalb so alarmierend, weil Deutschland als führende „High-Tech-Nation“ hochgradig darauf angewiesen ist, dass das Schulwesen modernen Standards genügt. Das gilt sowohl für die Mobilisierung der vorhandenen Begabungsreserven als auch für das Erreichen zukunftssichernder Schulabschlüsse und Schülerkompetenzen. Stichworte wie Autonomieförderung, Chancengerechtigkeit, Inklusion, Kompetenzorientierung, Teamentwicklung und Digitalisierung zeigen an, in welche Richtung die fällige Modernisierung gehen sollte und gehen muss. Doch die staatliche Reformpolitik tut sich mit diesem Modernisierungsschwenk erkennbar schwer. Vieles bleibt halbherzig, sprunghaft, abgehoben, unverbindlich und übermäßig aufwändig und kurzatmig. Kaum wurde eine Schulreform gestartet, wird auch schon die nächste ins Schaufenster gestellt (Schaufenster-Syndrom).

Die Folge dieser Sprunghaftigkeit sind nur zu oft irritierte, frustrierte, überforderte oder in anderer Weise desillusionierte Lehrkräfte und Schulleitungen, deren Reformelan sich unter den skizzierten Vorzeichen verständlicherweise in engen Grenzen hält. Das gilt für die Umsetzung der diversen Curriculum-Reformen seit Ende der 1960er-Jahre genauso wie für die Implementierung neuer Lehr- und Lernmethoden, die Forcierung des digitalen Lernens, den Auf- und Ausbau integrativer bzw. inklusiver Schulen, die Umsetzung der neuen Bildungspläne und Bildungsstandards, den Umgang mit heterogenen Lerngruppen und schwierigen Schülerinnen und Schülern, die Überwindung des Frontalunterrichts, das Engagement für mehr Schulautonomie, Entbürokratisierung, Lehrerkooperation und selbstverantwortliche Schulgestaltung.

Warum Symbolpolitik nicht reicht

Diese und andere Reformansätze haben leider nur selten jenes Stadium erreicht, in dem die betroffenen Reformakteure in den Schulen die angesagten Neuerungen so beherrschen, dass tragfähige alltagstaugliche Handlungs-, Kooperations-, Planungs- und Entscheidungsroutinen entstehen, die eine verlässliche Reformimplementierung gewährleisten. Um den Aufbau dieser operativen Routinen hat sich die Reformpolitik in der Vergangenheit viel zu wenig gekümmert. Stattdessen richtete sie ihr Hauptaugenmerk darauf, durch das Ankündigen immer neuer Reformvorhaben die eigene politische Wachheit und Tatkraft zu demonstrieren. Ob die angekündigten Reformvorhaben auch tatsächlich umgesetzt wurden, war eine ganz andere Frage. Diese sprunghafte, sporadische und kurzatmige Symbolpolitik ist nicht nur unverbindlich und wenig nachhaltig. Sie ist für die betroffenen Schulakteure in aller Regel auch relativ unbefriedigend, belastend und unter dem Strich eher abschreckend.

Kluges Reformmanagement tut Not

Die Reformpolitik von Bund und Ländern tut grundsätzlich gut daran, den Schulen mehr Geld, Personal und Sachmittel bereitzustellen. Doch nicht nur das. Mindestens genauso wichtig ist es,

das reformspezifische Innovationsmanagement auf Schul- und Schulverwaltungsebene gründlich zu professionalisieren und alltagstauglich zu operationalisieren. Dazu gehört sowohl das Elementarisieren der nötigen Qualifizierungs- und Innovationsschritte als auch das Sicherstellen ermutigender Ressourcen und Unterstützungsleistungen von oben und außen. Dieser inspirierende Innovationsservice ist bislang sehr unterentwickelt.

Erforderlich ist zudem eine klare Priorisierung bestimmter Reformvorhaben für mindestens vier Jahre, damit sich die betroffenen Reformakteure nicht über Gebühr verzetteln.

Diese Konsolidierungsnotwendigkeit müssen alle im Blick haben: Schulleitungen wie Lehrerkollegien, Schulaufsichtsbehörden wie Lehrerbildungseinrichtungen, Schulträger wie Schulpolitiker:innen. Brauchen doch wirksame Schulreformen vor allem eines: Ein möglichst stringentes, praxisnahes, langfristig angelegtes und Mut machendes Innovationsmanagement mit profilierten Netzplänen, konzertierter Lehrkräfte- und Schulleitungsfortbildung, hoher Verbindlichkeit und differenzierten Unterstützungsangeboten und Serviceleistungen der staatlichen Instanzen. Andernfalls wird nachhaltige Schulentwicklung noch lange ein uneingelöstes Versprechen bleiben.

Dr. Heinz Klippert

Literaturhinweis

Klippert, H.: Die gelähmte Bildungsrepublik. Plädoyer für eine veränderte Reformpolitik.
272 Seiten. Beltz-Verlag. Weinheim und Basel 2023.

DSTK

Bildung für nachhaltige Entwicklung: Gemeinsame Herausforderung für Schulträger und Schulleitungen

Der Deutsche Schulträgerkongress (DSTK) – ein Forum für Schulträger und Schulleitungen – geht nach erfolgreichem Start in 2022 am 23. November 2023 in die zweite Runde.

Zum zweiten Mal findet am 23. November 2023 in Düsseldorf der Deutsche Schulträgerkongress (DSTK) statt. Der Kongress bietet eine Plattform für den Austausch von Schulträgern und Schulleitungen zu wichtigen Zukunftsthemen im Bildungsbereich. Das Motto in diesem Jahr: „Bildung für nachhaltige Entwicklung – eine gemeinsame Herausforderung für Schulträger und Schulleitung". In Workshops und hochkarätig besetzen Diskussionsformaten nimmt der DSTK innovative Bildungskonzepte und Best-Practice-Beispiele in den Blick – immer mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit. Themen sind unter anderem:

- Nachhaltig bauen und sanieren – wie geht das?
- Ganztagsangebote nachhaltig gestalten
- Nachhaltige Schulverpflegung als Motor eines kommunalen Ernährungssystems
- Digitalität und Nachhaltigkeit

Der Deutsche Schulträgerkongress startet parallel zum Auftakt des Deutschen Schulleitungskongresses, der vom 23. bis 25. November ebenfalls in Düsseldorf stattfindet. Veranstaltet wird der DSTK von FLEET EDUCATION und dem Verband Bildung und Erziehung (VBE), Mitveranstalter sind erstmals der Deutsche Städtetag sowie erneut der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der sich bereits bei der Premiere des DSTK im Jahr 2022 beteiligt hatte.

Tomi Neckov, stellvertretender Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE) erklärt: „Bildung für nachhaltige Entwicklung ist eine der entscheidenden Zukunftsfragen für unsere Gesellschaft. Nur mit einer erfolgreichen Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen, was notwendige Voraussetzungen für eine nachhaltige Gestaltung unseres Lebensraums sind, wird Deutschland die zentralen Herausforderungen des demografischen Wandels, der Globalisierung, der Integration, der Wohlstandssicherung und der Zukunftsfestigkeit unseres Sozialstaates meistern können. Schulen tragen Verantwortung dafür, die Lehrenden und Lernenden gleichermaßen darauf vorzubereiten. Dafür brauchen sie die Schulträger fest an ihrer Seite."

„Nachhaltige und inklusive Bildung sind Herausforderungen, die eine enge Abstimmung zwischen Schulträgern und Schulleitungen, aber auch die Unterstützung durch Landes- und Bundespolitik benötigen", betont der Hauptgeschäftsführer des DStGB, Dr. Gerd Landsberg.

„Bildung für nachhaltige Entwicklung stellt zukunftsorientiertes Denken und Handeln in den Mittelpunkt. Es geht darum, jungen Menschen die Kompetenzen zu vermitteln, mit denen sie ihr eigenes Umfeld positiv und nachhaltig mitgestalten können. Um dabei alle mitzunehmen, müssen Schulen neue Perspektiven und Konzepte entwickeln. Die Städte sind als Schulträger bereits mit wichtigen Zukunftsaufgaben wie Digitalisierung, Ganztagsausbau, Schulsozialarbeit, Integration oder Inklusion befasst. Dafür ist das Zusammenspiel von Schulträgern und Schulleitungen entscheidend. Eine Plattform wie der Deutsche Schulträgerkongress, bei der sich die zentralen Akteure austauschen, vernetzen und voneinander lernen können, ist da genau der richtige Ansatz", sagt Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

„Der DSTK ist die perfekte Ergänzung zum Deutschen Schulleitungskongress (DSLK) als größte Veranstaltung für Schulleitungen im deutschsprachigen Raum mit mehr als zehn Jahren Erfahrung und über 3.000 Teilnehmenden. Diese Institution ergänzen wir durch einen weiteren, ebenfalls jährlich stattfindenden, Kongress für Schulträger. Damit versammeln wir die relevantesten Entscheidungsträger für Investitionen rund um Schule unter einem Dach", so Udo Beckmann, zuständig für die Programmentwicklung und Kommunikation bei FLEET EDUCATION. Er verweist darauf, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung eine zentrale Herausforderung in der schulischen Bildung ist: „Sie lässt sich nur einlösen, wenn Schulleitung und Schulträger hierfür zusammen ein gemeinsames Bildungsverständnis und Ideen erarbeiten, wie die Bildungslandschaft in der jeweiligen Region als Sozial- und Bildungsraum nachhaltig zu gestalten ist."

Nähere Informationen zum Kongress und Programm: www.deutscher-schultraegerkongress.de. Bis zum 30. Juni 2023 gilt der Frühbucherpreis: Ticketshop.

- Verband Bildung und Erziehung (VBE): www.vbe.de
- Deutscher Städtetag (DST): www.staedtetag.de
- Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB): www.dstgb.de
- FLEET EDUCATION Events GmbH: www.fleet-events.de/bildung

Verband Bildung und Erziehung –
gemeinsame Pressemitteilung mit
FLEET EDUCATION Events, DStGB und DST
Berlin und Hamburg, 13.06.2023

Verband Bildung und Erziehung
Junger VBE

Ehrenamt macht Spaß, vor allem beim Jungen VBE

„Wann hast du dich zum letzten Mal geärgert?“ – Eine Frage, mit der Anne Roewer den Workshop zum Schreiben von Texten eröffnet. Die Wirkung? Ein Energizer, der uns Landessprecher:innen in einen tiefen Austausch bringt und in uns allen Emotionen weckt. Wie helfen uns Emotionen, wenn ich einen Beitrag verfassen möchte? Wie mache ich die Quintessenz kenntlich? Wann springen mir die Leser:innen ab? Welche Prozesse laufen beim Schreiben ab?

Unter all diesen Fragestellungen werden wir durch unseren Workshop „Schreibwerkstatt“ geführt. Einen guten Text zu schreiben, erfordert Sog und SINNlichkeit. Für dich als Schreiber:in heißt das konkret:

- Struktur schaffen (mit Absätzen, Nummerierungen, Stichpunkten)
- Auf eine angemessene Länge achten
- „Gute Schreibe“ anwenden
- Spannenden Einstieg (z. B. mit einem Zitat) finden
- Dem Kanal angemessenen Beitrag wählen
- Leitfrage beachten: Welchen Mehrwert hat dein Text? (Was könnt ihr mitnehmen? Was könnt ihr davon nutzen?)
- Emotionen (Erinnere dich an große Emotionen und lass sie in den Text einfließen)

Mit einem guten Mix aus diesen Elementen wirst du eine Menge Menschen erreichen. Und verzweifle nicht an deinem Perfektionsstreben. Den perfekten Text für jeden gibt es nicht.

Methoden ins Glück

Du kannst dich auch folgender Methoden bedienen:

1. **Methode:** Du hast nur 3 Wörter, um etwas zu beschreiben.
2. **Methode**: Schreibfluss erzeugen
   Schreibe einfach 5 Minuten lang etwas auf.
3. **Methode**: Ein Thema, sechs Ansichten:
   Die 6-Hüte-Methode nach Edward de Bono
   1. Weißer Hut: Fakten und Informationen
   2. Roter Hut: Emotionen und Intuition
   3. Schwarzer Hut: Kritik und Skepsis
   4. Gelber Hut: Optimismus und Vorteile
   5. Grüner Hut: Kreativität und Innovation(en)
   6. Blauer Hut: Kontrolle und Zusammenfassung
   Alternativ:
   1. Denkhut der Vergangenheit
   2. Denkhut der Zukunft
   3. Denkhut eines anderen Planeten
   4. Denkhut der Emotionen
   5. Denkhut der Logik
   6. Denkhut der Kreativität
4. **Methode:** Prompt-basiertes Schreiben
   Von einem Ausgangspunkt aus kreativ schreiben. Es kann eine Frage, ein Zitat oder ein Bild sein.
   Beispiele:
   – (Be-)Schreibe eine Szene, in der Menschen im Stau stehen.
   – Schreibe einen Brief an dein älteres Ich.

Jetzt bist du vielleicht erstmal erschlagen? Musst du nicht. Es sind einfach ein paar Denkanstöße, um in den Schreibfluss zu kommen. Falls du dich von einer dieser Methoden angesprochen fühlst, nutze sie! Sei es für die Verbandsarbeit, den Beruf oder das Privatleben.

Neben dem Workshop ging es natürlich auch bildungs- und gewerkschaftspolitisch heiß her. Nach dem obligatorischen Austausch zwischen den Landesverbänden diskutierten die Teilnehmenden im Anschluss an Alexander Lipps Vortrag zum Dualen Lehramtsstudium in Brandenburg. Während die meisten zustimmten, wurde gleichzeitig konstruktive Kritik geübt. Unbestreitbarer Konsens ist und bleibt: Das Studium braucht mehr Praxis. Der Junge VBE wird sich mit diesem Thema in den nächsten Sitzungen weiter beschäftigen. Es bleibt also spannend! Wir halten euch auf dem Laufenden.

Den zweiten Tag unseres Bundestreffens eröffnete Toni Nickel, stellvertretender Bundesvorsitzender der dbb jugend. Er informierte uns über die Arbeit der dbb jugend Bund. Besonders spannend war für uns der Rückblick auf die Einkommensrunde von Bund und Kommunen und deren Bedeutung für die anstehenden Tarifverhand-

lungen der Länder. Überblick über die Arbeit der dbb jugend mit allen Arbeitsgruppen und Bereichen. Großes Thema war auch der anstehenden Generationenwechsel in den einzelnen Fachgewerkschaften des dbb. Den Abschluss unseres Bundestreffens bildete unsere Bundessprecherin Susann Meyer mit einem Vortrag zu kompetenzorientierten Lernzielen. Natürlich kamen auch bei uns die Gemeinschaft und der Spaß nicht zu kurz. Susann Meyer hat für uns alle eine spannende Krimistadtführung durch Hannover organisiert.

Das Bundestreffen vom 27. bis 29. April 2023 in Hannover verschaffte allen Landessprecherinnen und -sprechern neuen Mut und wichtigen Input für ihre Arbeit in den Landesverbänden. Und damit Du immer up to date bist: Schau auf unserem Instagram-Kanal @jungervbe vorbei. Folgt uns, teilt uns und werdet Teil unserer Junger VBE-Familie.

Wiebke Renkes (Saarland) und
Michael Herrmann (Baden-Württemberg)
Landessprecher:innen beim Bundestreffen
des Jungen VBE Ende April 2023 in Hannover

Netzwerken auf der Hauptversammlung der VBE Frauen

Zahlreiche Frauen- und Gleichstellungsvertreterinnen trafen sich in Berlin vom 11. bis 13. Mai 2023 auf der alljährlichen Hauptversammlung der Frauen im VBE, um frauenpolitische sowie gewerkschaftliche Themen zu besprechen und sich zum Thema „Netzwerken“ auszutauschen.

Nach einem Bericht zur Arbeit der Bundessprecherin Tanja Küsgens und der Geschäftsführung der Frauen im VBE startete schon das Netzwerken-Seminar. Bei einem guten Mix aus Theorie und Praxis erfuhren die Frauen, was Netzwerk im Grunde bedeutet und welche Netzwerktypen zwischen „Macherin“ und „Idealistin“ bestehen. Aufbauend darauf erprobten wir einige Varianten zur Selbstreflektion, um unsere Netzwerk-Kompetenzen kennenzulernen und unser bestehendes Netzwerk aufzubauen, zu erweitern und adäquat zu nutzen. In diesem Zusammenhang erlangten wir die Erkenntnis, dass unser bestehendes Netzwerk eine sehr gute Basis bietet, um die frauenpolitischen Themen zu setzen, die uns umtreiben. Im Hinblick darauf erfuhren wir Methoden, wie wir diese erreichen und welche Ressourcen wir in diesem Zusammenhang nutzen können.

Unser im Dezember neu gewählter Bundesvorsitzender, Gerhard Brand, folgte am Freitag der Einladung der Frauenvertreterinnen und berichtete uns von der Arbeit im Bundesvorstand. Dabei standen die Themen des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung sowie das Ergebnis der Tarifverhandlungen im Mittelpunkt. Eine rege Diskussion entwickelte sich bei der Frage, inwiefern Frauen in gewerkschaftlichen Führungspositionen vertreten seien. Eine Umfrage, die die Geschäftsführung der Frauen im VBE in Vorbereitung auf diese Hauptversammlung durchführte, zeigte Lücken in den Vertretungen von Frauen bspw. in Landesvorständen auf. Eine satzungsgemäße Verankerung von Frauen- oder auch Gleichstellungsvertretungen ist in föderaler Tradition teils fest, teils lose, teils nicht gegeben. Hier sehen nicht nur die Frauen im VBE, sondern auch Gerhard Brand Entwicklungspotenzial. Die diesbezügliche Arbeit sollte zeitnah beginnen, kann jedoch gut auf der Broschüre „Nachwuchsförderung und Parität im Fokus“, die gemeinsam mit dem Jungen VBE federführend erarbeitet wurde, aufbauen.

Am letzten Tag der Hauptversammlung wurden Möglichkeiten der Arbeit der Frauen- und Gleichstellungsvertretungen in den Bundesländern thematisiert. Wir erhielten Einblick in die Arbeit des Referats „Mutterschutz und Elternzeit“ aus Nordrhein-Westfalen. Die Referatsleiterin Sandra Zieße-Junghans stellte uns nicht nur ihre Arbeit vor, sondern bot auch zahlreiche Ansätze, wie wir ein solches oder ähnliches Referat bzw. Beratungsangebot initiieren könnten. Weiterhin arbeiteten wir an einem Argumentationspapier zur Notwendigkeit von Frauenvertretungen und setzten neue Themen, mit denen wir uns künftig beschäftigen werden. Auch weitere Austauschmöglichkeiten insbesondere im digitalen Bereich wurden gesetzt. Die nächste Hauptversammlung findet voraussichtlich im April 2024 statt.

Maria Stöckel

Produktives Netzwerken: Frauen- und Gleichstellungsvertreterinnen mit VBE Bundesvorsitzendem Gerhard Brand auf der Hauptversammlung der VBE Frauen in Berlin

Jahrestagung der dbb bundesseniorenvertretung

V.l.n.r.: Rita Hengesbach (SLLV), Max Schindlbeck (Bundessprecher VBE Seniorenvertretung), Dr. Horst Günther Klitzing (Vorsitzender dbb Senioren), Mathia Arent-Krüger (VBE NRW) und Gerhard Kurze (stellv. Bundessprecher VBE Seniorenvertretung)

Am 17. und 18. April fand die erste Sitzung der dbb bundesseniorenvertretung in 2023 statt. Die Delegierten der dbb-Landesbünde und der Bundesfachgewerkschaften, darunter die Vertreterinnen und Vertreter des VBE, Max Schindlbeck (VBE-Bundesseniorensprecher), Gerhard Kurze (stellvertretender VBE-Bundesseniorensprecher), Mathia Arent-Krüger (Vorsitzende der dbb-Landesseniorenvertretung NRW) und Rita Hengesbach (Vorsitzende der dbb-Landesseniorenvertretung Saar), trafen sich dazu im H4-Hotel Berlin. Nach Erledigung der Formalien bildete der Bericht aus dem dbb durch den Bundesvorsitzenden, Ulrich Silberbach, den Schwerpunkt des ersten Tages.

Zunächst sprach er die Ergebnisse der Neuwahl des Bundesvorstands an. Die Aufnahme des Vorsitzenden der Bundesseniorenvertretung in den Bundesvorstand als gleichwertiges Mitglied wie die Vertretung der Jugend und der Frauen, habe ihn erfreut. Das Hauptereignis der letzten sechs Monate aber stellten für ihn die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen dar. Die Auseinandersetzung sei in Ton und Umgang deutlich härter geworden. Erst nach drei ergebnislosen Verhandlungsrunden und teilweise massiven Warnstreiks konnte jetzt die Empfehlung einer Schlichtungskommission für die weiteren Verhandlungen erreicht werden.

Der wesentliche Inhalt:

- 3.000 Euro Inflationsausgleichsgeld
- Erhöhung der Tabellenentgelte um 200 Euro plus 5,5 % bis mindestens 340 Euro im Monat bei einer Laufzeit von 24 Monaten.

Die Übertragung auf die Beamten werde nicht einfacher, erst recht die Einbeziehung der Rentnerinnen und Rentner und Pensionärinnen und Pensionäre. Teilnehmerinnen und Teilnehmer verwiesen in dem Zusammenhang nachdrücklich darauf hin, dass diese Gruppen weder bei den letzten Tarifverhandlungen noch beim Inflationsausgleich berücksichtigt worden seien.

Den Geschäftsbericht der Seniorenvertreterinnen und -vertreter erstattete der Vorsitzende, Horst Günther Klitzing, mündlich. Schwerpunkte neben den erfolgreichen Wahlergebnissen beim dbb Gewerkschaftstag waren die Teilnahme an Streikmaßnahmen, die Seminare zur Pflege und Rente und Versorgung sowie die Erledigung der Beschlüsse des 2. Bundesseniorenkongresses. Die Inanspruchnahme von Rechtschutz bei der Feststellung von Pflegestufen und der Zuordnung von Behindertengraden konnten nicht zufriedenstellend gelöst werden.

Am zweiten Tag der Veranstaltung stand die Vorbereitung des 3. Bundesseniorenkongresses durch die Vorstellung und Berufung der Mitglieder für den Antragsausschuss, für das Präsidium und für den Ältestenausschuss auf der Tagesordnung sowie die Verabschiedung der Geschäfts-, der Wahl- und der Ehrenordnung. Der Haushaltsvollzug 2022 wurde einstimmig verabschiedet.

Mit zwei sehr interessanten Impulsreferaten wurden die Seniorinnen und Senioren abschließend über den „Senior Experten Service“ und über einen „Kompaktkurs Demenz“ informiert. Der Referent zum ersten Thema sowie die beiden Referentinnen zum zweiten konnten sehr überzeugend nachweisen, dass die angesprochenen Themen für jedermann wichtig sind und dass sie selbst als Nutznießer oder als Multiplikator davon profitieren können.

Gerhard Kurze

dbb beamtenbund und tarifunion
bundesseniorenvertretung

NORDDEUTSCHER LEHRERTAG *2023*

MUSS SICH SCHULE NACH CORONA NEU ERFINDEN?

#ndlt

SAMSTAG, 9. SEPTEMBER 2023 | **STADTHALLE ROSTOCK** | SÜDRING 90, 18059 ROSTOCK

PROGRAMM

ab 9:00 Uhr	**Begrüßungskaffee und Ausstellungsbesuch**
10:00 Uhr	**Begrüßung** **Michael Blanck,** *VBE-Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern*
10:05 Uhr	**Hauptvortrag** **Prof. Dr. Olaf-Axel Burow**: *Die Schule der Zukunft – sieben Handlungsoptionen für eine zukunftsfähige Schule*
10:45 Uhr	**Podiumsgespräch** **Simone Oldenburg,** *Bildungsministerin Mecklenburg-Vorpommern* **Dr. Ilas Körner-Wellershaus,** *Vorsitzender Verband Bildungsmedien e. V.* **Michael Blanck,** *VBE-Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern* *Moderation:* **Peer Holbe,** *Schüler des Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar, Zweitplatzierter im Landeswettbewerb «Jugend debattiert»*
ab 11:15 Uhr	**Pause und Ausstellungsbesuch**
11:45 Uhr	**Veranstaltungsrunde 1**
ab 12:30 Uhr	**Pause/Essen/Ausstellungsbesuch**
13:15 Uhr	**Veranstaltungsrunde 2**
ab 14:00 Uhr	**Pause und Ausstellungsbesuch**
14:45 Uhr	**Veranstaltungsrunde 3**
16:00 Uhr	**Ende des Norddeutschen Lehrertages 2023**

INFORMATION

Näheres u. a. zu den Veranstaltungsrunden und zur Anmeldung finden Sie ab **3. Juli 2023** unter

www.norddeutscher-lehrertag.de

Teilnahmegebühr

VBE-Mitglied:	10 €
Nichtmitglied:	20 €
Lehramtsstudierende/-r und Referendar/-in im VBE:	2 €
Lehramtsstudierende/-r und Referendar/-in nicht im VBE:	5 €

KONTAKT

Verband Bildung und Erziehung e. V.
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
geschaeftsstelle@vbe-mv.de

Verband Bildungsmedien e. V.
Petra Katharina Reinschmidt
reinschmidt@bildungsmedien.de

Der Norddeutsche Lehrertag 2023 ist eine gemeinsame Veranstaltung der Nordverbände des Verband Bildung und Erziehung e. V. und des Verband Bildungsmedien e. V.

Deutscher Schulleitungskongress

DSLK

Die größte Fachveranstaltung für Schulleitungen

23.–25. November 2023,
Congress Center Düsseldorf

Schirmherrschaft
KULTUSMINISTER KONFERENZ

Deniz Aytekin
Deutschlands beliebtester Schiedsrichter, Gründer und Unternehmer

Christel Kischkewitz
Psychologische Beraterin und Coach

Bob Blume
Lehrkraft, Oberstudienrat am Windeck-Gymnasium Bühl, Influenzer, Speaker

Jetzt Ticket sichern!
499 €
VBE Mitgliedspreis bis 31.10.2023

Aktionscode:
DSLK2023VBE

ANERKANNTE FORTBILDUNG

- **Premium-Kongressprogramm** mit rund **60 Top-Speakern**
- **Sofort anwendbare Praxis-Lösungen** für Ihren Arbeitsalltag
- **Wertvolle Networking-Gelegenheiten** mit Experten, Partnern und Teilnehmenden
- **NEU:** DSLK-Schulpreis Bildung für nachhaltige Entwicklung – gestiftet von Signal Iduna

Infos und Tickets unter: www.deutscher-schulleitungskongress.de

Eine gemeinsame Veranstaltung von: FLEET EDUCATION, Verband Bildung und Erziehung VBE

Exklusiver Präventionspartner: KNAPPSCHAFT für meine Gesundheit!

Exklusiver Programmpartner: RAABE KLASSE SCHULE

Platin-Partner: SIGNAL IDUNA

Gold-Partner: BECHTLE, SAMSUNG, unternehmergeist in die schulen